

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend NRW (dort beschlossen am: 29.04.2025)

Titel: **Wenn Unrecht laut wird, werden wir lauter:
Solidarität mit den Protestierenden in der
Türkei!**

Antragstext

1 Die gesellschaftliche und politische Lage in der Türkei hat sich in den letzten
2 Jahren dramatisch zugespitzt. Unter der Führung von Präsident Recep Tayyip
3 Erdoğan regiert eine islamistisch-ultranationalistische Regierung mit harter
4 Hand. Der autoritäre Kurs der AKP hat längst sämtliche roten Linien
5 überschritten: Der Rechtsstaat wurde systematisch ausgehöhlt, kritische Medien
6 gleichgeschaltet oder zerschlagen und demokratische Institutionen zu bloßen
7 Werkzeugen des undemokratischen Machterhalts degradiert.

8 Oppositionelle Stimmen werden nicht nur kriminalisiert und überwacht – sie
9 werden verfolgt, verhaftet, mundtot gemacht oder trotz demokratischer
10 Legitimation abgesetzt. Bürgermeister*innen, Politiker*innen, Aktivist*innen und
11 Journalist*innen, die sich für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit oder
12 Minderheitenschutz einsetzen, sind zur Zielscheibe eines Staatsapparats
13 geworden, der mit aller Härte gegen jede Form des Widerspruchs vorgeht.

14 Zuletzt traf es den bekannten Oppositionspolitiker Ekrem İmamoğlu, einen der
15 stärksten Herausforderer Erdoğan's. Seine Verhaftung, am 19. März 2025, reiht
16 sich ein in eine lange Liste politischer Gefangener – wie Selahattin Demirtaş,
17 der bereits seit 2016 unter konstruierten Vorwürfen inhaftiert ist, weil er sich
18 für eine demokratische und freie Türkei eingesetzt hat. Allein in den letzten
19 Jahren wurden hunderttausende Akademiker*innen, Journalist*innen, Abgeordnete
20 und Oppositionelle verfolgt, verurteilt oder aus ihren Ämtern entfernt.

Was in der Türkei geschieht, ist keine demokratische Auseinandersetzung – es ist die systematische Zerschlagung aller demokratischen Strukturen. Wahlfälschungen, Medienkontrolle, politische Justiz und Gewalt gegen Protestierende sind trauriger Alltag.

Es ist ein Teil eines weltweiten Pfades in Richtung Autoritarismus. Wir sehen ähnliche Entwicklungen im Iran, in Russland, in El Salvador, Belarus – und auch in den USA entwickeln sich zunehmend autoritäre Tendenzen, während die demokratischen Strukturen Stück für Stück zerstört werden. Wenn eine Demokratie fällt, betrifft das uns alle. Der Widerstand der Protestierenden in der Türkei ist ein Symbol für die globale Hoffnung, dass es anders sein kann. Wenn Menschen dort unter größten Gefahren gegen ein Regime aufstehen, dann tun sie das auch im Namen aller, die noch in Freiheit leben.

Die Kämpfe, die in der Türkei geführt werden, sind auch unsere Kämpfe. Sie zeigen, wie fragil Freiheit und Demokratie sind – und wie notwendig unsere Solidarität ist.

Denn der Einfluss von Erdoğan und seiner islamistisch-ultranationalistischen AKP endet nicht an den Landesgrenzen – er reicht bis tief nach Nordrhein-Westfalen. Hier in NRW lebt eine der größten Diasporas aus der Türkei: Kurd*innen, Alevit*innen, Armenier*innen, oppositionelle Demokrat*innen, queere Aktivist*innen, Journalist*innen, linke Studierende – Menschen, die vor Repression, Gewalt und politischer Verfolgung geflohen sind. Sie alle haben sich NRW als neue Heimat ausgesucht, um in Sicherheit zu leben – frei von Angst, Drohungen und Überwachung.

Doch auch hier sind sie nicht sicher. Ultranationalistische Organisationen wie ATIB sind in vielen Städten aktiv und betreiben systematische Einschüchterung, Diskriminierung, Ausgrenzung, organisieren Erdoğan-nahe (Wahlkampf)veranstaltungen, schüren Hass und bedrohen Menschen, die sich in der Türkei oder hier gegen das Regime stellen. Diese Gruppierungen stehen nicht auf dem Boden unserer Demokratie – sie vertreten ein autoritäres, nationalistisches Weltbild, das weder mit unseren Grundwerten vereinbar ist, noch mit dem Recht auf Schutz für politisch Verfolgte.

2023 stimmten in NRW mehr türkeistämmige Wahlberechtigte für ihn als in der Türkei selbst. Das ist das Ergebnis jahrelanger Vernetzung und politischer Einflussnahme durch AKP-nahe Organisationen. In Städten wie Köln, Neuss und weitere gab es Auftritte, bei denen zur Hetzjagd auf die Opposition aufgerufen wurde.

57 Wir sagen klar: Das muss gestoppt werden!

58 Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND NRW die sofortige Freilassung aller
59 politischen Gefangenen in der Türkei und ein Ende der systematischen Repression
60 gegen Kurd*innen, Alevit*innen, linke und queere Aktivist*innen,
61 Journalist*innen sowie alle Menschen, die sich mutig gegen die autokratische
62 Regierung stellen.

63 Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat – Abschiebungen dorthin müssen gestoppt
64 werden. Politisch Geflüchtete brauchen hier in NRW konsequenten Schutz,
65 insbesondere vor dem Einfluss AKP-naher Organisationen wie der ATIB, die durch
66 soziale Kontrolle und Einschüchterung versuchen, Druck auf Geflüchtete
67 auszuüben.

68 Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND NRW ein Verbot von Wahlkampfauftritten
69 und Propagandaveranstaltungen türkischer Regierungsvertreter*innen auf deutschem
70 Boden, denn demokratiefeindliche Ideologien dürfen in unserer Gesellschaft
71 keinen Platz haben.

72 Unsere Solidarität gilt uneingeschränkt allen, die sich gegen das autoritäre
73 Regime Erdoğan's erheben, egal ob in der Türkei oder hier in NRW.